

SOWI-Arbeitspapier Nr. 10

Berichte über den

ERGOMAS-Kongreß in Wien

vom 19. bis 22. März 1988

aus:

- Maatschappij en Krijgsmacht'
Nr. 2/1988
S. 17-21
Übersetzung des Bundessprache-
namtes
Referat SM II 1 -
- Österreichische Militärische Zeit-
schrift
Heft 3/1988
S.253-255

ERGOMASKongreß in Wien *)

Vom 19. bis 22. März 1988 fand in Wien der Gründungskongreß der „European Research Group on Military and Society“ (ERGOMAS) statt. Mehr als 70 Wissenschaftler aus 18 europäischen Ländern, die an den Problemen des Verhältnisses von Streitkräften und Gesellschaft interessiert sind, kamen hier zusammen, um in aller Form ERGOMAS zu gründen. Prof. Dr. Ralf Zoll (Universität Marburg) wurde zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde der Leiter der Stiftung Gesellschaft und Streitkräfte (Stichting maatschappij en Krijgsmacht), Dr. Willem Scheelen. Es ist geplant, den nächsten Kongreß 1990 in den Niederlanden abzuhalten.

Vorgeschichte

In der Dezembernummer 1986 von „Maatschappij & Krijgsmacht“ wurde dargelegt, daß auf Initiative einiger Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) in München 24 Sozialwissenschaftler in Le Lavandou (Frankreich) zusammentrafen, um Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit auf regionaler Basis zum Studium von Streitkräften und Gesellschaft zu untersuchen. Es gibt zwar eine internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, die aber in erster Linie in weltweiten Organisationen, z.B. der „International Political Science Association“, stattfindet. Die großen Kongresse dieser Organisationen werden häufig in exotischen sowie schwer erreichbaren und teuren Städten abgehalten, so daß echte gemeinschaftliche Studien und Gruppenarbeit oft kaum möglich sind. So kam der Gedanke auf, daß eine Organisation auf regionaler Basis wohl aussichtsreicher wäre. Der formelle Gründungskongreß der „European Research Group on Military and Society“ (ERGOMAS) fand jetzt in Wien statt.

Große Interessenbekundung

Die Initiative fand großen Anklang: Im letzten Jahr haben sich über 100 Wissenschaftler für eine ERGOMAS-Mitgliedschaft angemeldet. Mehr als die Hälfte nahm auch am Gründungskongreß teil, der nicht zufällig in einem neutralen Land abgehalten wurde. Praktisch alle westeuropäischen Länder, mit Ausnahme Luxemburgs, Finnlands und Irlands, waren vertreten. Die niederländische Delegation bestand aus drei Personen. Aus dem osteuropäischen Bereich waren einzelne Interessenten aus Jugoslawien, Bulgarien und der Sowjetunion anwesend. Aus Jugoslawien waren der in Kreisen von Militärsoziologen sehr bekannte Anton Bebler und aus Bulgarien der Politologe Stephan E. Nikolow angereist.

Interessenbekundung der Sowjetunion

Die Sowjetunion wurde durch General Prof. Dr. Nikita Chaldimow vertreten, der zwar nicht englisch sprach, aber ständig einen Dolmetscher zur Verfügung hatte. Daß auch die Sowjetpresse Interesse zeigte, bewies ein Interview, das ein Korrespondent

*) Aus „Maatschappij en Krijgsmacht“, Nr. 2/1988, S. 17 - 21.
der TASS und ein Journalist der Prawda mit Professor Zoll, dem Vorsitzenden des Kongresses, führten.

Österreichischer Beitrag

Österreich hatte das Treffen zu einem besonderen Ereignis erhoben. Das zeigte sich nicht nur in der Organisation und der Bereitstellung von Transportmitteln durch das Österreichische Bundesheer, sondern auch in den Reden von zwei Ministern. Die Begrüßungsansprache hielt der Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Robert Lichal, und die Abschlußrede der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Professor Dr. Hans Tuppy.

Zielsetzung

Auf den wissenschaftlichen Teil und den niederländischen Beitrag dazu soll später eingegangen werden. Ein wichtiger Aspekt war die formelle Etablierung der Forschungsgruppe durch die Verabschiedung einer Satzung. Die Zielsetzung wird in Artikel II wie folgt dargelegt: „ERGOMAS ist eine Vereinigung von europäischen Wissenschaftlern, die sich mit der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Streitkräften und Gesellschaft sowie damit zusammenhängenden Fragestellungen befassen. ERGOMAS hat sich als Hauptziel gesetzt, gemeinsam Untersuchungen über die Landesgrenzen hinaus durchzuführen und interkulturelle vergleiche anzustellen. Die betreffenden Arbeiten werden in interdisziplinären Arbeitsgruppen, die jeweils ein bestimmtes Thema behandeln, durchgeführt. ERGOMAS fördert die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der empirischen und theoretischen Untersuchung sowie die wissenschaftliche Kommunikation im internationalen Rahmen. ERGOMAS ist eine öffentliche, nicht gewinnorientierte, politische und ideologisch unabhängige Berufsorganisation von Wissenschaftlern. Ihre ziele sollen durch Aktivitäten in Arbeitsgruppen und einen alle zwei Jahre stattfindenden ERGOMAS-Kongreß realisiert werden.“

Vorstand

Um jedem Land ein gleiches maß an Einflußnahme zu gestatten, wählten die Mitglieder aus jedem Land einen Vertreter. Die nationalen Vertreter bilden zusammen mit den Koordinatoren der Arbeitsgruppen plus Vorstand den Verwaltungsrat. Der vorstand besteht aus vier Personen:

- der/dem Vorsitzenden (Chairperson)
- zwei stellvertretenden vorsitzenden (Vice-Chairpersons) der/dem „Chairperson-Elect“, die/der nach zwei Jahren Chairperson wird, und deren/dessen wichtigste Aufgabe es ist, den nächsten Kongreß vorzubereiten
- der/dem „Most-Recent Past Chairperson“ - dem Kassenführer.

Auf diese weise wird sowohl die Kontinuität als auch die Flexibilität der Organisation gewahrt.

Zukunft

Im Laufe des Kongresses haben verschiedene Länder Vorschläge für die Organisation zwischenzeitlicher Arbeitsgruppentreffen, aber auch der alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse unterbreitet. Für die Abhaltung der nächsten Kongresse haben sich neben den Niederlanden auch Spanien, Jugoslawien, Frankreich und die Sowjetunion beworben. Infolge der Wahl von Dr. Scheelen zum „Chairperson-Elect“ wird der zweite Kongreß im Jahre 1990 in den Niederlanden abgehalten.

Tätigkeitsbereich des Kongresses

ERGOMAS hat bisher fünf Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit folgenden Themen befassen:

1. Öffentliche Meinung: Legitimation und Integration der Streitkräfte;
2. Wandel von Normen und Werten, Sicherheit und persönliches Gewissen,
3. Grundrechte, politische Orientierung und Beteiligung des Militärpersonals;
4. Sozialisation und Streitkräfte;
5. Nationale Identität und Streitkräfte.

a) Streitkräfte und Massenmedien

Die Arbeitsgruppe 1 konzentrierte ihre Untersuchung auf das Verhältnis zwischen den einzelnen Verteidigungsministerien sowie Teilstreitkräften und den Massenmedien. Teilnehmer aus Belgien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland sowie - über die Grenzen von ERGOMAS hinaus - aus Marokko hatten zu diesem Thema Papiere vorgelegt, die während der Sitzungen erläutert und erörtert wurden. Hierbei tauchten z.B. folgende Fragen auf:

- Seit wann gibt es in Ihrem Land eine offizielle Verteidigungsinformation und welche Rolle spielt sie bei der Aufklärung der Öffentlichkeit?
- Welche Entwicklungen haben sich in den letzten zehn Jahren im Verhältnis zwischen Streitkräften und Massenmedien abgezeichnet?
- Wie hoch ist der Stand der Kenntnisse über Verteidigungsangelegenheiten in der breiten Öffentlichkeit?
- Welche Rolle spielen die Massenmedien in Krisen- oder Kriegszeiten?
- Gibt es Beispiele in der Geschichte, in denen die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Streitkräften und Massenmedien zum Ausdruck kommt?
- Werden über das Verhältnis Streitkräfte- Massenmedien Untersuchungen angestellt? Gibt es hierüber wissenschaftliche Literatur?

Der Kern des niederländischen Beitrags zum Informationsaustausch beinhaltete, daß man bei der Informationsabteilung des niederländischen Verteidigungsministeriums eine wachsende Bereitschaft beobachten könne, bei Problemen nicht zu warten, bis die Presse Fragen stellt, sondern von sich aus den versuch macht, die Medien vorher zu informieren.

Selbstverständlich war es bei einem derartig umfangreichen Fragenkomplex, der von Teilnehmern aus so vielen verschiedenen Ländern beantwortet wurde , noch nicht möglich, das Thema abzurunden. Es wurde vereinbart, daß die Arbeitsgruppe im Oktober 1989 erneut zusammentritt.

b) Wandel von Normen und Werten

Die Arbeitsgruppe 2 untersucht Normen und Werte in der Gesellschaft und bei den Streitkräften der einzelnen Länder. welche Normen und Werte gelten in diesen Ländern? Wo decken sich diese Normen und Werte, wo laufen sie auseinander, und in welcher Weise beeinflussen sie sich gegenseitig? Wann ist von Vergesellschaftung der Streitkräfte und wann von Militarisierung der Gesellschaft die Rede? Hält man es sowohl in der Gesellschaft als auch bei den Streitkräften für wert, sich in einem Krieg unter tatsächlichem Einsatz nuklearer Mittel zu verteidigen? Welchen Einfluß übt die Friedensbewegung auf das Verhalten gegenüber den Streitkräften aus?

Anhand der von ERGOMAS-Mitgliedern aus Belgien, Italien, Österreich, Portugal, der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und der Schweiz vorgelegten Beiträge wurde eine erste Bestandsaufnahme über die Lage in den einzelnen Streitkräften und Gesellschaften vorgenommen. Dabei fiel vor allem ein Untersuchungsbericht aus dem Jahre 1982 über das Normen- und Wertemuster portugiesischer Offiziere auf. Es stellte sich heraus, daß es auch acht Jahre nach der Nelkenrevolution (immer noch?) in eindeutig progressiver Richtung vom „conservative military mind“ in anderen Staaten, vor allem im Nachbarland Spanien, abweicht, obschon auch in Portugal inzwischen ein Trend zu eher konservativen werten zu beobachten ist.

c) Politik und Streitkräfte

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 3, in der untersucht wird, in welchem Maße und auf welche Weise Soldaten sich mit Politik befassen, ging in zwei Richtungen. Einmal wurde untersucht, wie sich die Streitkräfte als Institution mit Politik befassen, und zum anderen, wieweit der einzelne Soldat politisch aktiv sein darf bzw. ist. Diese Zweiteilung läßt sich aus der völlig unterschiedlichen politischen Lage und Rolle der Streitkräfte in den einzelnen Staaten erklären. In der Türkei, die ebenfalls in dieser Arbeitsgruppe vertreten ist, nehmen die Streitkräfte natürlich einen völlig anderen Platz in der Gesellschaft ein als z.B. in den Niederlanden. In der Schweiz mit Ihrer Miliz ist die Lage wieder ganz anders.

Auffallend war die Teilnahme eines Bulgaren, S.E. Nikolow, an dieser Arbeitsgruppe. Er erklärte, daß innerhalb der Streitkräfte seines Landes politische Aktivitäten gefördert würden. Hierzu bestehe eine gesonderte Abteilung, die enge Verbindungen zur Kommunistischen Partei habe. Ebenso wie in der Sowjetunion sei der stellvertretende Kommandeur eines Truppenteils (Politoffizier) für die politische Bildung zuständig. Nach einigem Nachfragen gab Nikolow übrigens zu, daß die Begriffe polilitische Bil-

dung und politische Indoktrination hier deckungsgleich sind. Auch außerhalb der Kaserne sind bulgarische Soldaten politisch aktiv. Nikolow gab Beispiele von Soldaten, die bei örtlichen Wahlen gewählt wurden, aber auch von einem Oberst, der kandidiert hatte, aber geschlagen wurde. Seiner Ansicht nach gibt es Hinweise dafür, daß das Offizierskorps - ohne übrigens öffentlich Widerstand zu leisten - weniger geneigt war, die Ideen von Perestroika und Glasnost zu akzeptieren.

d) Sozialisation und Streitkräfte

Unter der Bezeichnung "Sozialisation" befaßt sich die Arbeitsgruppe 4 von ERGOMAS mit den uralten Begriffen Moral und Motivation. Sie untersucht, wie es damit in den einzelnen Ländern bei Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden bestellt ist und wie diese sich in den einzelnen Phasen ihrer eventuellen Laufbahn aneinander und an den Militärdienst im allgemeinen anpassen.

e) Nationale Identität und Streitkräfte

Während der Plenarsitzung der anwesenden ERGOMAS-Mitglieder am 22. März 1988 wurde die Einrichtung einer fünften Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit dem Thema „Nationale Identität und Streitkräfte“ befassen soll.

Eines der Zentralthemen wird sein: Inwiefern können die Streitkräfte bei einer wachsenden Internationalisierung und Supranationalisierung der westeuropäischen Gesellschaften weiterhin als Hüter der nationalen Identität betrachtet werden? Die niederländische Stiftung Gesellschaft und Streitkräfte hat zu diesem Thema schon einige Pionierarbeit geleistet. Am 13. Februar 1978 organisierte sie bereits eine Konferenz über „Nationale Souveränität und Selbstbestimmung“.

In den nächsten Ausgaben von „Maatschappij & Krijgsmacht“ werden wir immer mal wieder - unter anderem durch Veröffentlichung einiger dort vorgelegter Papiere auf den ERGOMAS-Kongreß zurückkommen.

ERGOMAS-Kongreß in Wien*)

In der Zeit vom 19. - 22.3.1988 fand im Wiener Tourotel in Oberlaa unter Beteiligung des Bundesheeres der erste wissenschaftliche Kongreß der European Research Group on Military and Society (ERGOMAS) statt. ERGOMAS ist eine Vereinigung von Sozialwissenschaftlern aus verschiedenen Ländern Europas, die sich mit Fragestellungen und Problembereichen des Verhältnisses von Militär und Gesellschaft im internationalen Vergleich beschäftigen.

Trotz der gesellschaftspolitischen Bedeutung von sicherheits- und militärpolitischen Fragen fehlt bis heute eine entsprechende wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Fragenkomplex von Heer und Gesellschaft. Auch in Österreich ist eine „Militärsoziologie“ kaum etabliert, weshalb dieser Kongreß von besonderem Interesse war. Dieses Treffen soll dazu führen, daß in Zukunft sicherheitspolitische Vorgänge und Entwicklungen einen stärkeren Niederschlag in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung finden.

Ziel von ERGOMAS ist es, die wissenschaftliche Bearbeitung des Bereiches Militär und Gesellschaft durch eine länderübergreifende Kooperation anzuregen. Diesen Bestrebungen ging im November 1986 eine internationale Tagung der Gründungsmitglieder von ERGOMAS in Le Lavandou/Frankreich voraus, bei der Österreich durch einen Angehörigen des BMLV/WPol vertreten war. Die dort versammelten Wissenschaftler stellten die Zielsetzungen von ERGOMAS auf eine grundsätzliche Basis.

Es sollte eine „Europäische Vereinigung“ von Sozialwissenschaftlern zu dieser Thematik geben, um damit einer Vereinnahmung durch amerikanische Wissenschaftler zu begegnen. Wissenschaftler in den USA widmen sich schon längerer Zeit dem Verhältnis von Streitkräften und ihrem sozialen zivilen Umfeld. Bis jetzt beschränken sich diese Aktivitäten jedoch auf die vereinigten Staaten selbst. In diesem Zusammenhang sei auf den jährlichen Kongreß des Inter-University Seminar on Armed Forces and Society der Universität Chikago unter Leitung von Prof. Morris Janowitz verwiesen.

Einerseits kommt dem neutralen Österreich im Rahmen dieser internationalen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle zu, die bereits durch die Wahl Wiens zum Tagungsort deutlich hervorgehoben wurde. Andererseits ist es gerade für einen neutralen Kleinstaat an der Nahtstelle zwischen Ost und West von Bedeutung, über gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf das jeweilige sicherheitspolitische Bewußtsein in den verschiedenen Ländern Europas informiert zu sein.

* Aus Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 3/1988, S. 253 - 255.

Daher beteiligte sich das Bundesheer sowohl organisatorisch als auch inhaltlich mit Beiträgen innerhalb der Arbeitskreise. Bundesminister Dr. Robert Lichal eröffnete die Tagung, im Haus der Industrie verabschiedete Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Hans Tuppy die Teilnehmer.

Insgesamt zählte der Kongreß 61 Teilnehmer aus 18 verschiedenen Staaten: Belgien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, UdSSR. Die Funktion des Vorsitzenden wird auch noch die kommenden zwei Jahre von Univ.-Prof. Dr. Ralf Zoll von der Universität Marburg wahrgenommen.

Die Arbeit erfolgte in vier Arbeitsgruppen, die sich an folgenden Themenbereichen orientierten:

1. Öffentliche Meinung, Legitimation und Integration von Militär.
2. Wertewandel und Militär.
3. Möglichkeiten und Bedingungen für die Partizipation von Heeresangehörigen in der Politik.
4. Sozialisation und Militär.

Hierzu auszugsweise einige inhaltliche Hinweise: In der Arbeitsgruppe I, unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Lucien Mandeville, Universität Toulouse, wurde das Verhältnis zwischen Streitkräften und den Massenmedien diskutiert. Dabei wurden Fragen erörtert, welche die Kontakte der Streitkräfte zu den Massenmedien in organisatorischer und personeller Hinsicht analysieren sollten, weiteres inwieweit mit Journalisten zusammengearbeitet wird, deren Aufgabe es ist, über das Militär und verteidigungspolitische Belange zu berichten.

Als grundlegende Aspekte wurden dabei angesprochen: erstens, daß die Beziehungen zwischen Streitkräften und Massenmedien ein deutlicher Indikator für die jeweilige öffentliche Meinung zu den Streitkräften seien und zweitens, daß die Massenmedien als „wirkungsvolle Waffe“ genutzt werden können. Daher wäre es erforderlich, diese Aspekte unter verschiedenen Bezugsrahmen zu analysieren, und zwar: a) im Hinblick auf den Friedensalltag, b) im Hinblick auf Kriegszeiten und c) im Hinblick auf Katastrophenfälle.

Der besonders für pluralistische Demokratien geltende demokratietheoretische Aspekt wurde von Dr. Wolfgang R. Vogt von der Bundeswehrhochschule in Hamburg dargelegt. Für ihn lautet der zentrale Begriff „Legitimität“: „Die Legitimität der Sicherheitspolitik hat zwei zentrale begriffliche Aspekte. Zum einen ist damit die Akzeptanz, d.h. die empirisch ermittelbare Anerkennungsbereitschaft der Sicherheitspolitik durch eine breite und stabile (Zwei-Drittel-)Mehrheit der Öffentlichkeit angesprochen (Empirischer Aspekt der Legitimität). Zum anderen ist damit die Akzeptabilität, d.h. die normativ begründete/begründbare Anerkennungswürdigkeit der Sicherheitspolitik gemeint, die ihr durch den Zuspruch der sinnstiftenden, moralgebenden und normsetzenden Institutionen und/oder Personen erteilt (oder aber entzogen) wird (Norma-

tiver Aspekt der Legitimität). Sicherheitspolitik - zumal eine auf nukleare Abschreckung begründete - bedarf eines besonders hohen Maßes an Legitimität, d.h. an öffentlicher Akzeptanz und moralischer Akzeptabilität. Legalität ist eine notwendige, aber (auf Dauer gesehen) keine hinreichende Bedingung für Legitimität."

Auch wenn Österreich seine Sicherheitspolitik nicht auf nukleare Abschreckung begründet -und es damit argumentativ leichter zu haben scheint, sind es doch dieselben Vorbehalte, die insbesondere von alternativen Gruppierungen gegen eine militärische Landesverteidigung vorgebracht werden.

In der Arbeitsgruppe II, die von Dr. Heinz-Ulrich Kohr vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr koordiniert wurde, standen folgende Perspektiven, den gesellschaftlichen Wandel und das jeweilige Militär betreffend, zur Diskussion: 1. historische und philosophische Aspekte; 2. psychologische und soziologische Bereiche; 3. Fragen des Wertewandels und seine Auswirkungen auf das Verhältnis Heer und Gesellschaft; 4. methodische Forschungsprobleme, wie internationale vergleichende Forschung, interdisziplinäre Forschung, Kritik an Forschungsmethoden und die Präsentation neuer Methoden und Ansätze.

Die Arbeitsgruppe III, geleitet von Dr. Mathias Schönborn vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, befaßte sich vergleichend mit den Möglichkeiten und Bedingungen für die Partizipation von Heeresangehörigen in der Politik. Im Gegensatz zu Österreich und der Bundesrepublik Deutschland gibt es doch noch in einigen europäischen Ländern sehr begrenzte Möglichkeiten für Soldaten, eine aktive Rolle in der Politik zu übernehmen. Auch hier waren historische Bedingungen und ihre Ursachen von Interesse.

Bezogen auf die Gegenwart stellte sich die Frage, inwieweit in weichen Ländern derartige Fragestellungen überhaupt untersucht werden. In Anlehnung an eine Untersuchung zu dieser Thematik in der Bundesrepublik Deutschland wurden folgende Fragen als Diskussionsrahmen vorgegeben: In welchem Verhältnis steht die Anzahl von Soldaten, die ein politisches Mandat ausüben, zur Gesamtstärke der Streitkräfte? wie hoch ist die Anzahl politischer Funktionen, bezogen auf die jeweilige politische Ebene? Rekrutieren sich die Inhaber politischer Funktionen aus bestimmten militärischen Dienstgraden? Wird die militärische Karriere durch politische Aktivitäten positiv oder negativ beeinflusst? Entstehen Probleme aus dem politischen Engagement in Verbindung mit dem militärischen Dienst? Und: Gibt es wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema oder Forschungsprojekte zu ähnlichen Themen?

Bezogen auf Österreich wäre es sicherlich interessant festzustellen, wie viele Unteroffiziere und Offiziere politische Funktionen ausüben und inwieweit sie in ihrer politischen Funktion über sicherheits- und verteidigungspolitische Belange informieren und damit bewußtseinsbildend wirken. Während z.B. in der Bundesrepublik Deutschland die genaue Anzahl der Soldaten in politischer Funktion sowie die erforderlichen persönlichen Daten über die Meldeämter recherchiert werden können, liegen in Österreich, soweit bekannt, keine derartigen Aufzeichnungen auf.

In der Arbeitsgruppe IV, unter der Leitung von Prof. Dr. Francisco Alvira von der Politikwissenschaftlichen und Soziologischen Fakultät der Universität in Madrid, wurden sowohl Formen militärinterner Sozialisation von Offizieren, Unteroffiziere und Rekrui-

ten angesprochen, als auch Formen militärischer Sozialisation (Militarisierung) von zivilen Sicherheitskräften wie Polizei und Gendarmerie.

Eine derartige Militarisierung, wie Dr. Alberto Moncada aus Madrid ausführte, kommt beispielsweise in Form einer Ideologie zum Ausdruck, die einem sonst nur dem Militär zugeschriebenen "Freund-Feind-Denken" entspricht. Dies führt zu einem neuen Bewußtsein von Recht und Gesetz, mit der Tendenz, Menschenrechte einzuschränken. Ähnliche militärische Erscheinungen seien sowohl einsatzmäßig, als auch in der Rekrutierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte festzustellen.

Ein Beitrag aus der Bundesrepublik Deutschland, verfaßt von Dr. Paul Klein und Dipl.-Psych. Ekkehard Lippert vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, widmete sich in dieser Arbeitsgruppe dem Problem der Motivation von Soldaten anhand der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung.

In der abschließenden Plenarsitzung wurde eine weitere Arbeitsgruppe gebildet, die zu untersuchen beabsichtigt, inwieweit verschiedene Symbole bewußt oder unbewußt die Bildung eines Nationalbewußtseins bewirken. Dabei soll ebenfalls analysiert werden, ob auch Streitkräfte diesen Symbolgehalt auf ihr ziviles Umfeld haben.

Wie aus den lediglich exemplarisch herausgegriffenen Problemstellungen ersichtlich ist, sind die Arbeitsbereiche voneinander nicht scharf zu trennen. Gerade die Vielfalt der möglichen wissenschaftlichen Ansätze, mit welchen man an die Thematik herangehen kann, macht die Forderung nach interdisziplinärer Forschung deutlich. Derzeit ist es nämlich noch vielfach so, daß Forschung, die sich mit dem Verhältnis von Heer und Gesellschaft beschäftigt, dem Fachbereich Soziologie zugeordnet wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die wissenschaftliche Bearbeitung der Thematik „Heer und Gesellschaft“ aus folgenden Gründen von Bedeutung ist:

- weil die atomare Rüstungskontrollpolitik der Großmächte -insbesondere für Jeden europäischen Staat - eine präzise sicherheitspolitische Standortbestimmung erforderlich macht;
- weil der Ost-West-Dialog allzu sehr auf die militärische Dimension reduziert wird und daher sehr viele Menschen meinen, Verteidigungspolitik ginge sie nichts an bzw. mit den Begriffen „Sicherheitspolitik“ und „Verteidigung“ ausschließlich Militär assoziieren;
- weil sich der Stellenwert der Streitkräfte im Bewußtsein der Menschen verändert hat; man glaubt mehrheitlich wohl, daß es notwendig ist, über ein Militär zu verfügen und daß die Existenz einer bewaffneten Organisation friedensbewahrend wirkt; im Falle einer militärischer Konfrontation in Europa wird jedoch die Verteidigungsfähigkeit allgemein in Frage gestellt;
- weil das geänderte sicherheitspolitische Bewußtsein der Menschen auch Auswirkungen auf das innerstaatliche Verhältnis von Heer und Gesellschaft hat, die auch das Heer selbst im Hinblick auf innerbetriebliche Auswirkungen (Motivation, Dienst- und Kampfbereitschaft) betreffen;

- weil es gerade gegenwärtig mehr denn je erforderlich ist, Vertrauen in die Streitkräfte zu schaffen und die Notwendigkeit ihrer Existenz für eine wirkungsvolle Friedenspolitik zu verdeutlichen und
- weil besonders Österreich als immerwährend neutraler Kleinstaat in Mitteleuropa größtes Interesse daran hat, mit seinen verteidigungspolitischen Maßnahmen den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen Rechnung zu tragen.